

# Von nationaler Bedeutung

Gedenkstätte Stalag 326 wird weiterentwickelt – Bewerbung für »Regionale 2022«



Von Monika Schönfeld

Schloß Holte-Stukenbrock (WB). Das Land hat die Mittel für die Gedenkstätte Stalag 326 in Stukenbrock-Senne (Kreis Gütersloh) auf 200.000 Euro erhöht. Bis Ende 2019 soll ein nachhaltiges Konzept entwickelt werden. Das Projekt bewirbt sich zur »Regionale 2022«.

Erster Schritt ist ein wissenschaftliches Symposium über »Wehrmachtslager für sowjetische Kriegsgefangene im Dritten Reich« an der Uni Bielefeld (Professor Thomas Welskopp) am 23./24. März. Der Westfälische Heimatbund soll eingebunden werden, um Zeitzeugen zu gewinnen, die über den Einsatz von Kriegsgefangenen berichten.

Die Gedenkstätte Stalag macht sichtbar, welche Konsequenzen nationalistische Tendenzen haben. Das sagte gestern der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok in Schloß Holte-Stukenbrock. Unter der Leitung des Landtagspräsidenten André Kuper (CDU) tagte die Steuerungsgruppe, die über die Parteigrenzen hinweg diesen Ort zur nationalen Dokumentations- und Gedenkstätte entwickeln will. Aus dem Stammlager (Stalag) wurden von 1941 bis 1945 sowjetische Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft und in die Industrie des Ruhrgebiets vermittelt.

Die Lebensbedingungen im Lager waren dermaßen desolat, dass viele Insassen an Entkräftung starben. Es soll bis zu 65.000 Tote gegeben haben. »Um die Größenordnung zu zeigen: Im KZ Buchenwald zählte man 70.000 Tote«, sagt Brok.

André Kuper hat sein Amt nach der Landtagswahl genutzt, um alle an einen Tisch zu holen. Das sind Vertreter von Stadt, Kreis, Land, Bund und EU, aus Wissenschaft und Forschung, kommunalen Verbänden, aus dem Denkmalschutz, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und dem Förderverein Stalag. Das mediale Interesse hat seit dem Besuch des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck 2015 zum 70. Jahrestag des Kriegsendes zugenommen. Der Förderverein widmet sich auch der Nachkriegsgeschichte des Geländes, auf dem heute die Polizeischule arbeitet. Bis 1971 wurden hier Vertriebene im Sozialwerk aufgenommen, in dem Wohlfahrtsverbände Krankenhaus, Altenheim, Kinderheim und eine Schule betrieben.

Mit 2500 bis 3000 Besuchern ist das Interesse überschaubar. Das liegt auch daran, dass der Zugang zur Dokumentationsstätte beschränkt ist: Sie liegt auf dem Ausbildungsgelände der Polizei. »Die Gedenkstätte profiliert sich dadurch, dass Schüler am historischen Ort lernen und auch Polizei und Bundeswehr den Ort als Bildungsstätte nutzen«, sagt Hans Wupper-Tewes von der Landeszentrale für politische Bildung.

---